Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für auswärts 0,40 R.-M. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2,50 R.-M. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,25 R.-M. Postbezug für Monat August 2,25 R.-M., für die Tschecho-Slowakei monatlich 6 Kr. 15. Kreuzbandsendungen: Inland wöchentlich 1,10 R.-M., Ausland 1,25 R.-M. Einzelnummer 15 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 20 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: 14194, 27981, 27982, 27983 • Telegramme: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 194 — Sonntag, 19. August 1928 — XXXVI. Jahrg.

Beginn der sozialdemokratischen Sondertagung

Vor der Entscheidung über das Schicksal des Kabinetts — Schwere Schädigung der Bevölkerung und die englischen Manöver im Taunus

Ratifizierung des Kellogg-Paktes im Senat gesichert?

Auf dem Wege zum Kompromiß?

B. Berlin, 18. August. (Eig. Drahtbericht)

Die sozialdemokratische Sondertagung, die sich mit der Panzerkreuzeraffaire zu befassen hat, hat heute vormittag 10 Uhr im Reichstag begonnen und wird vermutlich den ganzen Tag über dauern. In letzter Stunde beginnen, nachdem der Sturm der Opposition den Höhepunkt erreicht hat, sich doch auch in den verschiedenen Gegenden des Reiches die Stimmen der Gemäßigten Gehör zu verschaffen. So namentlich in Süddeutschland, wo man zur Besonnenheit mahnt. Aber auch die Hamburger Sozialdemokratie warnt beispielsweise vor einer Ueberspannung des Konflikts. Im „Vorwärts" tritt der württembergische Reichstagsabgeordnete Keil dem sächsischen Radikalismus entgegen. Er macht in ruhig sachlicher Form die auf den Druck hindrängenden Elemente darauf aufmerksam, daß ein Austritt der sozialdemokratischen Minister aus dem Kabinett die Verhinderung des Kreuzerbaues nicht zur Folge hätte. Eine sichere regierungsfähige Mehrheit gegen die Kreuzerpolitik gäbe es nur, wenn die Kommunisten zu verantwortungsbewußter Mitarbeit in der Regierung bereit wären. Da das nicht der Fall sei, fielen ihre gegen die Sozialdemokratie gerichteten Vorwürfe auf sie selbst zurück. Wollte, so resümiert Keil, die Sozialdemokratie, weil sie einen Beschluß aus der Vergangenheit nicht aufheben kann, sofort die Flinte ins Korn werfen und aus der Koalition austreten, so würde sie sich der Möglichkeit berauben, in Zukunft ähnliche Beschlüsse zu verhindern.

Mancherlei deutet darauf hin, daß man, um den Ausbruch einer akuten Regierungskrise hintan zu halten, auf dem heutigen sozialdemokratischen Parteigerichte versuchen wird, durch irgendeine Formel die Entscheidung zu vertagen. „Die Kompromißneigung", so beurteilt die „D. A. Z." wohl zutreffend die Situation, „ist anscheinend stark genug, um eine Zurückziehung der sozialdemokratischen Minister, also eine Kabinettskrise, zu vereiteln. Wohl aber wird man ihnen auferlegen, bei künftigen Gelegenheiten ähnlicher Art, vor allem auf steuer- und sozialpolitischem Gebiet, die Interessen der Sozialdemokratie um so schärfer zu vertreten."

Die Haltung der sozialdemokratischen Minister wird vom Reichskanzler Hermann Müller selbst vertreten werden. Ob und gegebenenfalls welche Kompensationen, etwa auf steuerlichem Gebiet, die Sozialdemokraten verlangen werden, um die Erregung der Wählerschaft zu dämpfen, steht vorerst noch dahin.

Die gemeinsame Sitzung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses wurde vom Abgeordneten Crispien geleitet. Etwa 170 Personen nahmen an den Beratungen teil. Minister Wissell erschien erst gegen Mittag. Die allgemeine Aussprache über den Bau des Panzerkreuzers A, in der auch Reichskanzler Müller seine Stellung ausführlich darlegte, wurde durch eine Mittagspause unterbrochen. Die Verhandlungen werden um 3 Uhr fortgesetzt. Man hofft, noch im Laufe des Sonnabend Abend zu einem Ergebnis zu kommen.

Die Freundschaft im Eisschrank

Telegramm unsres Korrespondenten

RF. London, 18. August

Unter dem Titel „Besteht eine neue Entente?" beschäftigt sich die angesehene liberale Wochenschrift „Nation" mit der internationalen Spannung, die im Anschluß an das Bekanntwerden der englisch-französischen Flottenverständigung entstanden ist. Der offenbar gutinformierte Artikelschreiber weist auf die Gefährlichkeit der Gerüchte hin, die das Kompromiß in der Flottenfrage ausgelöst habe. Die Indiskretionen der französischen Presse, die vielfach als Auslassungen des Quai d'Orsay angesehen würden, hätten den Verdacht aufkommen lassen, daß ein militärisch-politisches Geheimabkommen vorhanden sei, das „Unterhaltungen" zwischen den Generalstäben, Zusammenwirken der Flotten und gemeinsame Pläne im Falle einer Gefahr vorsehe. Die „Nation" meint zwar, es sei unwahrscheinlich, daß ein solches Abkommen tatsächlich existiere, aber ehe nicht das gesamte Material veröffentlicht worden sei, werde die internationale Atmosphäre weiterhin durch Gerüchte und Vermutungen dieser Art vergiftet werden. Die allgemeine Beunruhigung werde noch verschärft durch die notorisch bekannte Zugänglichkeit Chamberlains für französische Einflüsse und durch die Erinnerung an jene „Besprechungen" vor dem Weltkrieg, die England so viel bestimmter festlegten, als nach den damaligen Aeußerungen der Staatsmänner zu vermuten war. Die „Nation" fährt dann fort:

„Wir glauben keinen Augenblick, daß unsre Minister irgend etwas unternommen haben, was wir also unvereinbar mit der Idee von Locarno betrachten müßten. Aber wir sind nicht so sicher, ob sie sich nicht ohne direkte Absicht auf etwas haben festlegen lassen, was sich im Endergebnis als verhängnisvoll für Locarno herausstellen muß. In diesem Zusammenhang erhalten die Hoffnungen der Franzosen auf die weitgehenden Auswirkungen der Marineverständigung besondere Bedeutung. Die Vorkriegserfahrung hat gelehrt, wie leicht man in eine Staatengruppe hineingeraten kann durch eine Reihe von Schritten, die alle, einzeln betrachtet, ganz harmlos scheinen."

Die „Nation" zieht dann folgende bemerkenswerte Schlüsse aus den geschilderten Umständen: In Anbetracht des Schadens, den die Diskussionen der letzten Wochen bereits angerichtet haben, ist die einfache Veröffentlichung des Kökommens jetzt nicht mehr ausreichend zur Entspannung. **Es müsse ein kategorisches offizielles Dementi der Pressegerüchte über eine geheime Entente erfolgen, und zwar Punkt für Punkt.** Aber auch das sei nicht genug. **England müsse einen klaren Beweis dafür liefern, daß es noch zu den Locarno-Verträgen stehe.** Die Rheinlandfrage werde demnächst wieder in den Vordergrund rücken. Falls der englischen Regierung daran gelegen sei, daß man ihr glaube, wenn sie das Bestehen einer geheimen Entente dementiere, so solle sie mit ihrem ganzen Gewicht offen und entschieden **für schleunige Zurückziehung der Besatzungstruppen eintreten.** Diese deutliche Sprache des liberalen Blattes beweist, daß man auch in England — leider außerhalb der Regierungskreise — die Gefahren der gegenwärtigen Lage klar erkennt.

•

Wir haben uns gestern ausführlich mit der immer schärfer werdenden englisch-deutschen Entfremdung beschäftigt. Der Artikel der „Nation" bestätigt, daß man den Ernst der Lage auch in England erkannt hat. Daß die englischen Regierungskreise den Wunsch der „Nation" erfüllen werden — und die von dem liberalen Blatte verlangten kategorischen Feststellungen wären der einzige Weg zur Klärung der Situation —, glauben wir vorläufig nicht. Die „Nation" hat in der Kriegszeit Woche für Woche sehr vernünftige Vorschläge veröffentlicht, ohne daß irgend jemand von ihnen Notiz genommen hätte. Wir glauben nicht, daß ihr Einfluß unter der jetzigen konservativen Aera größer ist. Es ist möglich, daß in der nächsten Zeit im Londoner Foreign Office weitere „beruhigende" Erklärungen abgegeben werden. Sie werden niemand überzeugen können, der die Geschichte der Entente Cordiale in der Vorkriegszeit und der verschiedenen offiziösen Erklärungen im Unterhaus und in der Presse einigermaßen kennt. Die deutsche Politik hat von England, für die nächste Zeit zum wenigsten, nichts zu erwarten. Ob später, ist zweifelhaft. Man kann eine Freundschaft nicht, wie sich das manche Leute vorzustellen scheinen, ein paar Monate in den Eisschrank legen und dann einfach hervorholen, wenn man wieder Appetit auf sie hat.

Stresemann geht nach Paris

Der erste offizielle Ministerbesuch seit Kriegsende

Telegramm unsres Korrespondenten

eh. Paris, 18. August

Die zustimmende Antwort Dr. Stresemanns auf die Einladung, zur Unterzeichnung des Antikriegspaktes nach Paris zu gehen, ist gestern abend von dem französischen Botschafter in Berlin, De Margerie, dem Quai d'Orsay übermittelt worden. Die Antworten Japans, Belgiens, der Tschecho-Slowakei und der Mehrzahl der britischen Dominions sind ebenfalls in zustimmendem Sinne ausgefallen und in den letzten Tagen in Paris eingetroffen. Ebenso hat die britische Regierung mitgeteilt, daß sie den Pakt am 27. August in Paris unterzeichnen wird, doch wurde bisher ihr Vertreter noch nicht offiziell bezeichnet. Wie bekannt, wird Lord Cushendun an Stelle des erkrankten Außenministers seine Unterschrift unter den Pakt setzen. Die Antworten Italiens und Polens stehen zur Zeit noch aus. Man erwartet am Quai d'Orsay, daß in den nächsten Tagen auch aus Rom und Warschau ein zustimmender Bescheid eintreffen wird.

Obschon seit einigen Tagen in diplomatischen Kreisen sicher mit der Anwesenheit Dr. Stresemanns beim Unterzeichnungsakt gerechnet wurde, hat die endgültige Annahme der Einladung durch den Reichsaußenminister große Befriedigung erweckt. Der „Petit Parisien" schreibt: „Es ist das erstemal seit dem Kriege, daß ein deutscher Minister einen offiziellen Besuch in Frankreich abstattet. Die Reise Stresemanns bildet ein sichtbares Zeichen für die Annäherung, die seit Locarno zwischen beiden Ländern zustande gekommen ist und für die Briand auf französischer und Stresemann auf deutscher Seite manche Lanze gebrochen haben. Die von Dr. Stresemann geführte Friedenspolitik des Reiches ist eine sichere Garantie dafür, daß ihm in Frankreich der freundlichste Empfang zuteil werden wird." „Petit Parisien" glaubt nicht, daß die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes Anlaß zu wichtigen Verhandlungen geben wird. „Man darf nicht annehmen", schreibt das Blatt, „daß während des Aufenthaltes Dr. Stresemanns in Paris diplomatische Besprechungen über deutsch-französische Probleme und vor allem über die Rheinlandfrage zwischen dem Reichsaußenminister und Briand stattfinden werden. Ebenso wie die übrigen Außenminister, die eingeladen wurden, wird Dr. Stresemann ausschließlich zur Unterzeichnung des Paktes nach Paris kommen." „Petit Parisien" wird sicherlich darin recht haben, daß offizielle Verhandlungen über das Rheinlandproblem in diesem Augenblick nicht zu erwarten sind, da die Vorbedingungen für nützliche Besprechungen dieser Art noch nicht geschaffen werden konnten. Immerhin darf man sagen, daß während der Empfänge bei Präsident Doumergue, Poincaré und Briand wahrscheinlich nicht bloß vom schönen Wetter gesprochen werden wird.

•

Es ist sehr zu begrüßen, daß die Erledigung des Zwischenfalls von Zweibrücken es dem deutschen Reichsaußenminister erlaubt, die Pariser Einladung anzunehmen. Zum erstenmal seit Friedensschluß wird also nunmehr in der nächsten Woche ein deutscher Minister die französische Hauptstadt betreten. Gewiß ein ungewöhnliches Ereignis. Seit dem Kriege 1870/71 hat nur ganz selten ein deutscher Staatsmann in offizieller Mission Paris besucht, niemals — sicherlich nicht zum Vorteil der gegenseitigen Beziehungen — der Leiter der deutschen Außenpolitik. Aus diesem Grunde kommt der jetzigen Fahrt Stresemanns besondere Bedeutung zu.

In einigen deutschen Kreisen glaubte man, Protest gegen die Reise Stresemanns nach Paris einlegen zu müssen, weil ein deutscher Minister nicht offiziell Pariser Boden betreten dürfe, solange französische Truppen am Rheine ständen. Dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Denn abgesehen davon, daß ja deutsche Minister oft genug in London gewesen sind, als noch sehr starke englische Truppenabteilungen Köln besetzt hielten, wäre eine Absage auf die französische Einladung lediglich ein Geschenk an das Agitationsbedürfnis des französischen Nationalismus gewesen, und, was bedeutend schlimmer ist, eine Brüskierung des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg, dessen Namen der Pakt trägt. Eine solche Brüskierung wäre um so unverantwortlicher gewesen, da sich dank der nicht hoch genug einzuschätzenden Wirksamkeit des jetzigen amerikanischen Botschafters, Mr. Schurman, die amerikanisch-deutschen Beziehungen außerordentlich erfreulich gestaltet haben.

Die Pariser Reise wird dem Reichsaußenminister zweifellos Gelegenheit geben, in privaten Unterhaltungen mit den dort anwesenden Staatsmännern die für Deutschland aktuellen Fragen durchzusprechen und auf die beklagenswerte Verschlechterung der außenpolitischen Lage hinzuweisen. Zu offiziellen Verhandlungen wird es dagegen in Paris bei dieser Gelegenheit nicht kommen, vor allem schon deswegen nicht, weil Staatssekretär Kellogg derartige offizielle Verhandlungen am Vorabend der amerikanischen Präsidentschaftswahlen nicht wünscht.

•

Die geplanten Feierlichkeiten

B. Berlin, 18. August. (Eigener Drahtbericht)

Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird auf seiner Reise nach Paris, wie wir hören, von seinem Privatsekretär Konsul Bernhard und von dem einen oder andern leitenden Herren seines Ressorts begleitet sein. Im allgemeinen ist jedoch bisher näheres nicht festgesetzt worden. Irgendwelche Verhandlungen mit dem französischen Auswärtigen Amt und sonstigen Regierungsvertretern sind bekanntlich nicht vorgesehen, doch wird sich, wie wir schon andeuteten, wahrscheinlich Gelegenheit zu persönlichen Unterhaltungen der Minister bieten. Das Programm wird sich, soweit bekannt, in der Art abwickeln, daß um 3 Uhr nachmittags der feierliche Akt der Unterzeichnung stattfindet. Abends ist ein großes Diner vorgesehen. Am Dienstag wird der Präsident der französischen Republik die ausländischen Vertreter zu einem Frühstück bei sich sehen. Am Nachmittag veranstaltet die Stadt Paris einen Empfang. Voraussichtlich wird dann noch am Dienstag abend Kellogg ein Essen geben.

•

Kellogg abgereist

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

New York, 18. August. (Durch United Press.) Staatssekretär Kellogg ist in Begleitung seiner Frau und eines Stabes von Beamten um Mitternacht an Bord des Dampfers „Isle de France" nach Paris abgefahren. Kurz vor der Abreise erklärte er, daß er nur wenige Tage in Paris bleiben und sich dann von dort aus nach Irland begeben wolle. Er würde am 4. September von Southampton aus zurückkehren. Die amerikanische Oeffentlichkeit beginnt jetzt erst allmählich die Wichtigkeit des Kelloggschen Antikriegspaktes zu erkennen. Daß dies jetzt erst der Fall ist, ist damit zu erklären, daß die infolge der Präsidentenwahl im Vordergrund stehenden innerpolitischen Fragen alles andre überschatten. Die Presse des ganzen Landes widmet dem Pakt lange Leitartikel, und überall kommt zum Ausdruck, daß durch den Erfolg Kelloggs „eine neue Epoche der Weltgeschichte" eingeleitet würde.